

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
der Fraktion Die Linke
der Piratenfraktion

Berlins Zukunft sichern – jetzt Konzept für die Bildung mit digitalen Medien vorlegen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Vorbereitung auf das Inkrafttreten der Rahmenlehrpläne für Berlin und Brandenburg zur fächerübergreifenden Kompetenzentwicklung im Bereich Medienbildung im Schuljahr 2017/18 die Rahmenbedingungen in Berlins Schulen für die Bildung mit digitalen Medien zu verbessern. Gleichzeitig soll die außerschulische Medienbildung unter den veränderten Rahmenbedingungen der neuen EU-Förderperiode abgesichert und weiterentwickelt werden. Die schulische und die außerschulische Bildung mit digitalen Medien soll konzeptionell aufeinander abgestimmt werden, um entsprechende Synergieeffekte im Bildungs- und Fortbildungsbedarf von Kindern, Jugendlichen, Eltern, Erzieher/-innen und Lehrkräften zu erzielen.

Der Senat wird aufgefordert, dazu ein Konzept in Abstimmung mit den schulischen Trägern und den Trägern der außerschulischen Bildung zu entwickeln, das folgende Punkte umfasst:

- die Erstellung einer Bestandsaufnahme und einer Zielstellung zur technischen Ausstattung der Schulen bezüglich der Quantität und Qualität für den IT-medienpädagogischen Bereich und zum technischen Support der IT-Endgeräte in Zusammenarbeit mit den Bezirken;
- eine Zielstellung darüber, wie und bis wann allen Berliner Schulen ein leistungsfähiger Breitbandanschluss und ein freies WLAN zur Verfügung stehen soll;

- die Organisation des Austausches unter pädagogischen Kräften zur Erstellung und Weiterentwicklung von fachdidaktischen Konzepten zum Einsatz von digitalen Medien, zur Entwicklung neuer kollaborativer und individueller Lernformen und zu den Herausforderungen im Hinblick auf Datenschutz und IT-Sicherheit;
- die Schaffung einer funktionstüchtigen, sicheren digitalen Lernplattform mit qualitativ hochwertigen, offenen und frei verwendbaren Inhalten (Open Educational Resources) unter Einbeziehung moderner pädagogischer und fachdidaktischer Konzepte, die barrierefrei zugänglich und leicht bedienbar sein soll;
- die konzeptionelle Unterfütterung des inklusiven und geschlechtergerechten Lernens im Rahmen des Unterrichts mit digitalen Medien;
- die Verankerung von Medienbildung mit Schwerpunkt digitale Medien in der Aus- und Fortbildung aller pädagogischer Kräfte, über die reine Technikvermittlung hinaus hin zu grundsätzlichen und fachbezogenen didaktischen Fragen der digitalen Vermittlung von Inhalten und der Veränderung des Lehrens und Lernens durch die Nutzung des Internets;
- Empfehlungen zum Umgang mit privaten digitalen Geräten (BYOD) im Rahmen der Schule;
- Empfehlungen zum Umgang mit digitalen sozialen Netzwerken in der Schule;
- Regeln und Empfehlungen zu Kooperationen zwischen Schulen und privaten Dienstleistern der digitalen Medienbranche;
- Absicherung und konzeptionelle Einbeziehung außerschulischer Träger der Medienbildung
 - a) als Kooperationspartner der Schulen,
 - b) als Bildungsträger für Kinder und Jugendliche, aber auch für Eltern, Lehrkräfte und Erzieher/-innen,
 - c) als Träger eines allgemeinen Bildungsauftrags im Rahmen des lebenslangen Lernens;
- Verstetigung und Absicherung von Best-Practice-Projekten, um nachhaltige Erfolge zu ermöglichen und auszubauen;
- Ausbau der Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg im Rahmen des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin Brandenburg (LISUM) und des Bildungsservers Berlin Brandenburg auf Basis des neuen gemeinsamen Rahmenlehrplans zur fächerübergreifenden Kompetenzentwicklung im Bereich Medienbildung;
- die Einberufung eines Runden Tisches Medienbildung unter der Leitung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, der regelmäßig die breite außerschulische Trägerlandschaft der Medienbildung mit den Gremien der Lehrkräfte, Schüler/-innen und Eltern vernetzt.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 15. Juni 2016 zu berichten.

Begründung:

Während sich die Freizeit der Schüler/-innen stetig weiter digitalisiert, hinkt die Schule in diesem Bereich immer stärker hinterher und wird ihrem Auftrag, Schüler/-innen die für ihr späteres gesellschaftliches und berufliches Fortkommen benötigten digitalen Kompetenzen zu vermitteln, nur unzureichend gerecht. Der eEducation Berlin Masterplan, 2005 durchaus sinnvoll, ist heute veraltet und entspricht nicht den Erfordernissen einer veränderten digitalen Welt. Berlin versäumt so auch die Chance aus eigener Kraft Nachwuchs für den aufstrebenden digitalen Dienstleistungssektor der Stadt und die angestrebte Smart City zu fördern. Mehr Einsatz von digitalen Medien ermöglicht neue Formen des kollaborativen und des individuellen Lernens und der individuellen Förderung, die es zu nutzen gilt. Aber digitale Medien bringen auch Herausforderungen mit sich. Datenschutz, IT-Sicherheit, Cybermobbing und Sexting sind Themen, mit denen sich Schüler/-innen, Lehrkräfte und Eltern gleichermaßen auseinandersetzen sollten.

Deutschland ist laut der internationalen ICILS-Studie Schlusslicht der teilnehmenden 20 Länder beim Einsatz von digitalen Medien im Unterricht durch das Lehrpersonal und Dritttelzter bei der Häufigkeit der Computernutzung durch die Schülerinnen und Schüler in der Schule. Deutschland bewegt sich bei den computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich zwar im oberen Drittel, aber bezogen auf die europäischen Teilnehmerstaaten nur im Durchschnitt. Deutschlandweit liegt das Schüler-Computer-Verhältnis 11,5 zu 1. In Berlin lag dieses Verhältnis nach der letzten offiziellen Zahl bei 5,4 zu 1. Dies sagt allerdings nichts über die Qualität und tatsächliche Verfügbarkeit der Geräte aus.

In der heutigen Zeit ist es unabdingbar, dass Schüler/-innen Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien entwickeln, wie die Fähigkeit, sich im Internet orientieren zu können und die Validität von Informationen einschätzen zu können. Auch die Beurteilung eigener Aktivitäten im Netz gerade im Hinblick auf sensible Bereiche wie den Schutz der eigenen Daten und Cybermobbing gehört zu den notwendigen Kompetenzen, die Schüler/-innen bis zum Ende ihrer Schullaufbahn erwerben sollten. Dabei stecken große Potenziale in der Digitalisierung: Durch den Einsatz digitaler Medien kann es endlich möglich werden, alle Schüler/-innen in ihrem eigenen Tempo lernen zu lassen und somit eine individuelle Förderung der Stärken und Überwindung der Schwächen des und der Einzelnen schneller und leichter zu erreichen. Ziel muss es sein, dass der souveräne Einsatz digitaler Medien in allen Unterrichtsfächern sowohl für Lehrende wie Schüler/-innen eine Selbstverständlichkeit wird.

Der neue Rahmenlehrplan zur fächerübergreifenden Kompetenzentwicklung im Bereich Medienbildung bietet durchaus eine gute Grundlage für eine konzeptionelle Neuausrichtung in den Schulen. Allerdings fehlen die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen zu deren Umsetzung. Außerdem ist es notwendig, dass z. B. auf Basis einer nutzer/-innenfreundlichen Lernplattform fachspezifische didaktische Konzepte zum sinnvollen Einsatz von digitalen und anderen Medien in der Schule entwickelt werden.

Eine Neukonzeption der Bildung mit digitalen Medien kann und darf sich nicht nur auf den Bereich Schule erstrecken. Tatsächlich sind außerschulische Medienbildungsträger konzeptionell oftmals weiter als viele Schulen. Ihr Know-how wäre also auch für den schulischen Bereich nutzbar. In erster Linie sind sie allerdings für die außerschulische Bildung von Kindern,

Jugendlichen und Eltern sowie anderer Bevölkerungsgruppen zuständig. Allerdings ist ihre Arbeit durch den Wegfall von ESF- und EFRE-Fördermitteln in der neuen EU-Förderperiode dramatisch gefährdet. Hier bedarf es eines Ausgleichs, um die Erfüllung ihres Auftrags, aber auch ihren innovativen Einfluss nachhaltig zu sichern.

Zu Beginn der Legislaturperiode wurde die Forderung nach einem Runden Tisch Medienbildung unter Leitung des Senats nach dem Vorbild anderer Länder von der Bildungsverwaltung abgelehnt. Angesichts der Herausforderungen, die in dem Antrag skizziert sind, wäre die Etablierung eines solchen Runden Tisches weiterhin dringend geboten und viele Träger stehen auch zur Mitarbeit bereit.

Berlin, den 8. März 2016

Pop Kapek Birk Gelbhaar Remlinger
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf Kittler Möller
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke

Delius Dr. Weiß
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion